

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 9 (1968)
Heft: 19

Rubrik: Ostkontakte? : Ein Memorandum des SOI

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Memorandum des SOI

Ostkontakte?

Dass die in unserem Standpunkt definierte Linie nicht einem momentanen Impuls entspricht, sondern aus unserer längst verfolgten und dokumentierten Haltung hervorgeht, wird auch durch das nachfolgende Memorandum erhärtet, das vom Verwaltungsrat des SOI am 17. Februar 1967 und vom Beratenden Ausschuss am 21. September 1967, also lange vor den Ereignissen in der Tschechoslowakei, genehmigt worden ist.

1. Grundlagen

Die geistige Grundlage des Ost-West-Konfliktes bilden die gegensätzlichen Glaubensinhalte und die unvereinbaren Formen ihrer Verwirklichung. Der Osten will eine geschlossene Ideologie mit allen Mitteln verbreiten. Kein massgebender kommunistischer Führer hat sich jemals vom Ziel der Weltrevolution distanziert; ebenso wenig lässt die Politik der kommunistischen Länder und Parteien eine solche Abkehr als reale Alternative erkennen; die Weltrevolution ist Grundlage des kommunistischen Programms.

Der demokratische Westen dagegen will Raum für jegliche Ideologie schaffen und muss deshalb konsequenterweise jedes Gewaltmittel bei ihrer Verbreitung ablehnen. Während der Osten eine geschlossene Gesellschaft mit staatsbezogenen und gezielten Menschen verwirklichen will, sucht der Westen dem einzelnen seine Selbstverwirklichung zu ermöglichen, allerdings — und notwendigerweise — im Rahmen von beweglichen und immer neu zu erfindenden Grenzen einer offenen Gesellschaft.

Im Osten ist somit das Politische das Mass aller Dinge, im Westen will die staatliche Ordnung Dienerin des einzelnen sein.

Nicht die Glaubensinhalte (Kommunismus, Christentum, Buddhismus, Islam) beschäftigen den sachlichen Antikommunismus und damit auch das Ost-Institut vorwiegend, sondern die Mittel zu ihrer Verbreitung.

Die wichtigste Ideologie, die heute ihre Inhalte weltweit mit Machtmitteln, d.h. physischer und psychischer Gewalt, zu verbreiten sucht, ist der Kommunismus in seiner Verbindung mit dem dialektischen Materialismus und dem staatlichen Totalitarismus. Diesen Verbreitungsmethoden Widerstand entgegenzusetzen, muss jedem Menschen, welcher der Freiheit und Toleranz verpflichtet ist, ein rechtmässiges Anliegen bedeuten.

Tätigkeit und Stellungnahmen des Ost-Instituts sind in diesem Boden verwurzelt. So verstanden, ist die Ablehnung des Kommunismus nicht einem Bekenntnis zu den bestehenden Verhältnissen und Autoritätsträgern im eigenen Bereich gleichzusetzen. Im Raum der Freiheit und Toleranz ist sie offen für Kommendes.

2. Die Kontakte

a) Grundsätzliches

Die Problematik der Kontakte kann nicht bloss unter dem Gesichtspunkt schweizerischer Interessen angegangen werden, da diese zu wenig weltweites Gewicht besitzen. Die Betrachtung muss vielmehr von einem allgemein westlichen Standort ausgehen.

Im weitesten Sinne verstehen wir den Kontakten die Begegnung von Menschen und Ideen aus West und Ost. Diese Kontakte sind das Feld der Begegnung, der Auseinandersetzung, der defensiven und offensiven Möglichkeiten. Darum wäre es politisch falsch und moralisch fragwürdig, ihr Verbot zu fordern. Abgesehen davon könnte es rechtlich in einer demokratischen Gesellschaft nur im Notstand erzwungen werden.

Als Faktum sind die Kontakte deshalb nicht bloss hinzunehmen, sondern zu bejahen. In dieser Haltung eingeschlossen ist auch das Bewusstsein, dass es bei diesen Kontakten nicht nur um eine Auseinandersetzung mit einem aggressiven System geht, sondern vielmehr um die Begegnung mit dem östlichen Menschen und seiner Kultur, die beide, so gut es geht, unter der rauhen Decke des Systems ihr Eigenleben führen.

b) Charakteristika der heutigen Kontakte

Der Osten unterstellt die meisten Kontaktarten, sei es der Aussenhandel, die Kultur, der Tourismus, der Sport usw., seinen politischen Zielen: Stärkung und Ausbreitung des «kommunistischen Lagers». Alle Kontakte

auf diesen Gebieten werden deshalb soweit als möglich staatlich gesteuert oder mindestens beeinflusst.

Die westlichen Partner, meist einzelne Personen oder Gruppen, verfolgen demgegenüber vorwiegend private Interessen ohne politische Zielsetzung. Nur am Rande hofft man, dass «dabei» auch politisch etwas herauszuschauen möge. Einer aggressiven politischen Kraft stehen somit zersplitterte Privatinteressen gegenüber, oft mit unzulänglichem Wissen und Gewissen. Um diese bedrückende Ungleichheit aus dem eigenen Gesichtsfeld verdrängen zu können, wird häufig die Absicht des Gegners und Partners verharmlost.

Die bisherigen Wandlungen im östlichen Verhalten gründen nicht auf einem veränderten strategischen Ziel. Ob die Beziehungen zum Westen als offensichtliche Kampfinstrumente eingesetzt werden, um die kommunistische Vorherrschaft direkt anzustreben, oder ob sie diesem Ziel nur indirekt dienen: das hängt einerseits von der innen- und aussenpolitischen Manövrierfähigkeit des Kremls ab und andererseits von dessen Beurteilung, welche Angriffsmittel die besten Erfolgchancen im Westen haben.

Hier stellt sich die wichtige Frage, wie stark und wie rasch der Kreml heute seinen politischen Kurs zu ändern vermag; wie weit er von einer weichen auf eine harte Linie (oder umgekehrt) wechseln kann. Sicher sind die Grenzen der Manipulierbarkeit seit Stalins Zeiten enger gezogen. Der interne Meinungsdruck, die nur bedingte Gefolgschaft der Satelliten, die Bewegung im dogmatischen Gefüge sowie die Auseinandersetzung mit Peking und anderes mehr haben die Steuerung eingeschränkt. Da aber der Machtapparat und die strategischen Ziele grundsätzlich gleichgeblieben sind, darf man den heutigen Kurs vorläufig nicht als irreversibel betrachten.

Auf westlicher Seite dagegen ist die öffentliche Meinung als Träger der Staatsführung nur in geringem Masse von oben manipulierbar. Um den Kurs festzulegen, braucht die Führung den Konsens der Öffentlichkeit. Diese Übereinstimmung erfolgt in langsamen Prozessen. Daraus ergeben sich im Verhältnis zum Osten vorwiegend zwei Schwierigkeiten: Einmal ist die Elastizität der westlichen Aktionen und Reaktionen gegenüber den östlichen Veränderungen ungenügend. Zum andern können die faktischen Entwicklungen der Kontakte dem politischen Bewusstsein der Völker davonlaufen. Als Folge davon werden einerseits die politischen Möglichkeiten der Kontakte schlecht ausgenützt, und andererseits entstehen innere Spannungen, welche lähmend wirken und schwerwiegende Missverständnisse und Missverhältnisse im Westen heraufbeschwören.

3. Grundlegende Postulate

a) Vordringlich ist zu fordern, dass den politischen Auswirkungen der offensiven (siehe Ziffer 4) und defensiven (siehe Ziffer 5) Kontakte mehr Beachtung geschenkt wird. Denn tatsächlich steht auch heute die politische Bedeutung der meisten Kontakte im Vordergrund, so oft dies auch im Westen übersehen werden mag. Hier hat eine wichtige und ausdauernde Informationsarbeit einzusetzen. Diese hat sich mit dem jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Stand des Ostens und Westens zu befassen, um von daher die Auswirkungen der Kontakte und insbesondere die offensiven und defensiven Möglichkeiten zu überprüfen.

b) Langfristig sind zudem zwei Ziele anzustreben:

— Grössere Elastizität und Flexibilität der westlichen Kontaktpolitik, um gegenüber Wandlungen in den Kontaktmethoden des Ostens mit adäquaten Gegenmassnahmen auf breiter Front zu reagieren.

— Die Kontakte zu konzentrieren auf gleichwertige Leistungsbegegnungen unter gleichen Voraussetzungen (z.B. das gegenseitige Recht auf Ausstellungen ohne einseitige Beschränkung der Besucherzahl oder das gegenseitige Recht auf Bankengründungen ohne einseitiges Verbot).

Um diese Forderungen in die Tat umzusetzen, genügt die Information der Öffentlichkeit nicht. Vielmehr brauchen wir dafür internationale Koordinationsstellen für die wichtigsten Kontaktgebiete. Diese sind auf gouvernementaler bzw. supranationaler Ebene zu bilden.

Im folgenden sollen von diesen Postulaten einige offensive Möglichkeiten

und vor allem die Ausgangslage der defensiven eingehender betrachtet werden.

4. Offensive Möglichkeiten

a) Heute wird die Erhöhung des kommunistischen Lebensstandards weiterhin a priori als Schwächung des Systems betrachtet. Mag diese Annahme auch zutreffen und damit die Förderung des Konsumgüterexportes gerechtfertigt sein, so darf nicht vergessen werden, dass eine kommunistisch-administrierte Wohlstandsgesellschaft durchaus denkbar ist. Die Aggressivität des Systems erklärt sich nicht aus der wirtschaftlichen Not. **Deshalb wird nicht das Ansehen oder die Macht des Systems durch eine Standardhebung abnehmen, sondern höchstens die Mobilisierbarkeit der Massen.** Allerdings vermag die Werbewirkung westlicher Konsumprodukte beim kommunistischen Konsumenten die Frage aufzuwerfen, ob nicht das eigene Ziel auch durch andere Systeme ebenso tauglich angestrebt werden kann. Hier wäre mindestens eine ideologische Entspannung möglich. **Im gewogenen Schnitt kann deshalb vorläufig eine vom Westen geförderte Standarderhöhung als geeignete offensive Möglichkeit bezeichnet werden.**

b) Die Leistungen unserer pluralistischen Gesellschaft bekanntzumachen, muss allgemein zur Aufgabe einer aktiven Kontaktpolitik erhoben werden. Unter günstigen Umständen kann dazu allenfalls auch die selbstkritische Literatur des Westens dienen, indem sie den Anreiz zur Kritik der eigenen Verhältnisse im Osten fördert.

c) Noch weiter gehend, kann jeder Kontakt als wirksam betrachtet werden, der das wirkliche Bild des Westens verdeutlichen hilft. Nicht umsonst ist der Westhunger im Osten beträchtlich. Immer grössere Teile der Bevölkerung wissen oder ahnen, dass das vom Parteiapparat entworfene Bild verzerrt und lückenhaft ist. Die Neugier nach den Tatsachen befriedigen zu helfen, ist ein Gebot erster Ordnung. **Denn dadurch werden die Grundlagen für Verständnis und Verständigung überhaupt erst geschaffen.** Dies zu ermöglichen sind neben dem Tourismus reziproke und wenn möglich multilaterale Kulturabkommen zurzeit am ehesten geeignet. Wo sie fehlen, sind sie zu fordern; wo ihr Rahmen zu eng ist, sind sie auszubauen. Allerdings müssen die eigenen Kulturträger fachlich qualifiziert, im westlichen Denken verwurzelt und im östlichen geschult sein, um taugliche Brücken bauen zu helfen. Ostpilger, ressentimentbeladen einem Wunschdenken huldigend, vertiefen letzten Endes nur den Graben.

5. Ausgangslage für die defensiven Möglichkeiten

Die Anfälligkeit gegenüber der kommunistischen Ideologie hat weitgehend ihre Ursache im partiellen westlichen Ungenügen, in mangelnder Information und psychischen Fehlreflexen.

a) Das Ungenügen des Westens liegt nicht im Prinzip der Demokratie, sondern in menschlichen oder institutionellen Unzulänglichkeiten und in einer gewissen Trägheit bei der Anpassung der Strukturen an die Bedürfnisse der Zeit. Diese Unzulänglichkeiten werden der demokratischen Struktur von zwei Seiten her gefährlich: Der Mangel an innenpolitischer Flexibilität führt zur äusseren Erstarrung der Struktur und zum innern Druckanstieg mit Explosionsgefahr. Umgekehrt führt der verspielte Missbrauch der Freiheit in verantwortungslosen Experimenten zum Zerfall.

b) Der Mangel an Information sowie an Uebersicht und Einblick ist notorisch. Ihm kann grundlegend nur durch den staatsbürgerlichen Unterricht begegnet werden. Im weitern Sinn gehört dazu auch die Förderung des fakultativen Russischunterrichts an Mittelschulen.

Bis diese grundlegende Wandlung eingetreten ist, muss gewissermassen eine Vorinformation immer wieder darauf hinweisen, dass die Kontaktleute auf ihre Aufgabe vorbereitet sein müssen. Eine Aktentasche mit Geschäftspapieren nach Moskau zu tragen, genügt keineswegs. **Zweckmässig vorbereitet, können wir furchtlos die heutigen Kontaktformen pflegen.** Das heisst letztlich: westliches Gedankengut hineintragen, ohne selber das Opfer von Ideologie und Irrtümern zu werden. Opfer z. B. des verbreiteten Irrtums, der Kommunismus sei vorwiegend eine andere Wirtschaftsform, die abzulehnen sei, solange sie einen geringen Erfolg verspreche.

c) Von den häufigsten psychischen Fehlreflexen seien drei genannt:

— Der Vorwurf an den Westen, er sei schwach, weil er keine geschlossene und kraftvolle Ideologie besitze. **Die Kraft des Westens besteht aber**

gerade darin, für jegliche Ideologie offen zu sein. Die Träger dieser Gedanken projizieren ihre eigenen ideologischen Unsicherheiten und Anliegen auf den Westen.

— Die Unzufriedenheit mit westlichen Unzulänglichkeiten, wenn sie sich zum Ressentiment verdichtet und im Sympathisieren mit dem Osten entlädt.

— Emotionen aus völlig fremden Gebieten führen zu lautstarken, oft scheinrationalen politischen Forderungen und Thesen.

6. Die wünschbare Gestaltung der einzelnen Kontakte

Die Kontaktgebiete werden oft zu wenig differenziert. **Am besten unterscheidet man Gebiete mit offenen oder verdeckten politischen Wirkungsmöglichkeiten und solche von mittelbarer politischer Bedeutung.** Zu den letzteren sind Fachkongresse zu zählen (ärztliche Fachkongresse, Naturpfleger-Tagungen usw.), die kaum politischen Gehalt aufweisen. Diese Kontakte sind denn auch nur vom fachlichen Nutzen her zu beurteilen.

Auch in bezug auf die Länder wird zu wenig differenziert. Hier lässt sich am besten unterscheiden zwischen den Machtzentren (Sowjetunion, China) und den von ihnen mehr oder weniger beherrschten Gebieten. Es soll an dieser Stelle nur auf die Möglichkeiten hingewiesen werden, die innen- oder aussenpolitisch weniger abhängigen Länder mit einer offeneren Kontaktpolitik zu «belohnen». Hierbei fragt es sich, wieweit dabei eine bereits vorhandene «liberale» Tendenz zur Voraussetzung gemacht werden soll, oder ob es den Versuch lohnt, diese Tendenz durch eine offenerere Politik erst zu bewirken.

Näher zu betrachten sind hier nun die wünschbaren Grenzen und Entwicklungen der Kontakte von politischer Bedeutung:

a) Die Handelsbeziehungen

Stichwortartig seien Einzelheiten der wünschbaren Gestaltung festgehalten:

— Einbezug der kommunistischen Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung (z. B. durch die Sicherstellung der Weizenlieferungen an Ostländer, damit diese auf eine autarke Getreideversorgung verzichten).

— Nachweis der marktwirtschaftlichen Ueberlegenheit, um von der Leistung des wirtschaftlichen Pluralismus her den politischen zu fördern.

— Für die rein wirtschaftlichen Belange des Westens: kurzfristige Konjunkturbelebung, Auslastung der vorhandenen Kapazitäten, Beschaffen von Mangelwaren.

Zurückhaltung ist geboten

— beim Handel, der vorwiegend die östlichen Planungslücken stopfen hilft;

— bei der langfristigen Kreditgewährung, die auf eine Finanzhilfe zur allgemeinen Wirtschaftsentwicklung hinausläuft und damit den Vergleich des Fortschritts der beiden Wirtschaftssysteme verzerrt;

— beim Handel, der westliche Volkswirtschaften oder auch nur einzelne Industriezweige oder Firmen vom Ostpartner abhängig machen kann.

Die bereits unter den grundlegenden Postulaten erwähnte Koordinationsstelle könnte von einer bestehenden Wirtschaftsorganisation aufgebaut werden. In Prüfung befindet sich diese Frage bei der EWG. Besser wäre allerdings ein umfassenderer Zusammenschluss, am besten wohl im Rahmen der OECD.

b) Die kulturellen und wissenschaftlichen Kontakte

Auch hier sollten ausgeglichene Voraussetzungen geschaffen werden durch die Forderung eines freien Austausches, der in reziproken und vor allem multilateralen Kulturabkommen verwirklicht werden kann. Als wünschbare Einzelpunkte sind zu nennen:

— Gegenseitiges Kulturverständnis

— Hinweis auf die Leistungen der offenen Gesellschaft

— Förderung der persönlichen Kontakte

— Konfrontation mit Schöpfungen, die von der kommunistischen Ideologie abgelehnt und unterdrückt werden

— Förderung des Freiheitsbedürfnisses bei den östlichen Kulturschaffenden

— Klarstellung, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse und das ideologische System auseinanderklaffen. Hier hat der Westen eine hervor-

Die Intervention in der Tschechoslowakei

Politische Konsequenzen für die Schweiz

Von Dr. Hans W. Kopp, Präsident des Schweizerischen Aufklärungs-Dienstes

Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei, die in der Nacht vom 20. auf den 21. August durch den Einmarsch von Truppen des Wauschauer Paktes ihren Auftakt nahmen, hat der Schweizerische Aufklärungs-Dienst (SAD) in zwei öffentlichen Erklärungen Stellung genommen. In einer ersten, kurzen Vernehmung vom 21. August wurde die gewaltsame Unterdrückung einer sich anbahnenden freiheitlicheren Entwicklung scharf verurteilt und auf das unabdingbare Recht jenes Volkes hingewiesen, seine eigene Entwicklung ohne fremde Einmischung selbst bestimmen zu können. Eine zweite, ausführlichere Erklärung, die am 26. August der Presse übergeben wurde, befasste sich mit den Konsequenzen, die wir Schweizer aus den tragischen Geschehnissen in der Tschechoslowakei zu ziehen haben. Es scheint uns von grosser Bedeutung, dass auf lange Frist in unserem politischen Denken die Erfahrungen dieser dramatischen Augusttage berücksichtigt bleiben, auch wenn die ersten Wellen der Emotion abgeklungen sind. Im Sinne einer Empfehlung wurden deshalb der schweizerischen Öffentlichkeit und den Behörden unseres Landes zehn Leitsätze zur Lage unterbreitet, auf die nachstehend kurz einzutreten ist.

Vorerst wird festgestellt, dass Freiheit und Demokratie nur glaubwürdig bleiben und überleben, wenn jeder mögliche Gegner von unserer geistigen und materiellen Bereitschaft zur Auseinandersetzung überzeugt ist. In Anbetracht der erneut bestätigten politischen und menschlichen Unglaubwürdigkeit kommunistischer Regime mit der Sowjetunion an der Spitze hat die bisher verbreitete Vertrauensseligkeit einer realistischen Beurteilung der Verlautbarungen und Hand-

lungen dieser Regime zu weichen. Sind diese Voraussetzungen vorhanden, so soll jedoch jedes zur totalitären Diktatur neigende System zu Kontakten und zur Auseinandersetzung gezwungen werden; erst neben der Wahrheit wird die Lüge als Lüge erkannt.

Der Staat und der Bürger

In bezug auf die konkreten politischen Konsequenzen ist klar zu unterscheiden zwischen den Massnahmen des Staates einerseits und dem Verhältnis nichtstaatlicher Organisationen und der einzelnen Bürger andererseits.

Ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den Staaten, die in der Tschechoslowakei intervenierten, ist abzulehnen; die Universalität unserer diplomatischen Beziehungen ist eine zwingende Konsequenz der Neutralitätspolitik und die Voraussetzung zur Leistung guter Dienste.

Der Atomsperrvertrag muss heute anders beurteilt werden als vor dem 21. August. Die Sowjetunion als Mitinitiantin ist weniger vertrauenswürdig denn je; entsprechend skeptisch ist ein Beitritt der Schweiz zu diesem Vertrag zu beurteilen. Eine Politik der Vorleistung scheint heute kaum angebracht zu sein. Auf keinen Fall kommt eine Unterzeichnung unter Zeitdruck in Frage.

Die Entwicklungen in der Tschechoslowakei haben nach unserer Auffassung weder für noch gegen einen Beitritt der Schweiz zur UNO neue Gesichtspunkte ergeben. Die UNO hat sich als Forum der Blossstellung der Interventionsstaaten nützlich erwiesen. Machtmässig wirksame Beschlüsse waren nicht zu erwarten.

Aktuell sind die Konsequenzen für unsere Asyl- und Flüchtlingspolitik. Sie muss grosszügig, tolerant und rasch wirksam sein und dies auch ohne ähnliche aufrüttelnde Ereignisse bleiben. Ein besonderes Augenmerk ist auf die nötigen Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten zu richten.

Einmal mehr ist die Notwendigkeit einer umfassenden Informations- und Pressefreiheit international und in unserem Land zu betonen. Sie setzt verantwortungsbewusste Presse-, Radio- und Fernsehleute voraus und ist zu ergänzen durch eine aufgeschlossene Informationspolitik der Behörden. Dazu gehören auch klare und rechtzeitige Stellungnahmen der Regierung, die ohne überängstliche Rücksichten auf die Neutralität des Landes erfolgen sollten. Auch nach dem Abflauen der Sensation soll eine nicht abreissende umsichtige Berichterstattung über die politische Entwicklung in den von Kommunisten beherrschten Staaten dafür sorgen, dass die Machtansprüche der Unterdrücker der Tschechoslowakei nicht in Vergessenheit geraten.

Besonders ist die Frage der Kontakte mit kommunistischen Staaten und ihren Institutionen zu überdenken. Jede vorhandene Beziehung abzubauen wäre sicher falsch. Wirtschaftliche, wissenschaftliche, kulturelle und sportliche Kontakte sollen dazu benützt werden, möglichst viele Einwohner der Oststaaten mit unserem freiheitlichen und demokratischen Gedankengut zu konfrontieren. In diesem Sinn bedauern wir z.B. die Verzichte der Aerztegesellschaft und des Schweizerischen Buchhändler- und Verlegervereins auf vereinbarte Kontakte.

Wer in Oststaaten reist, im Westen mit Besuchern aus dem Osten in Kontakt kommt oder wirtschaftliche Kontakte mit dem Osten pflegt, möge sich jederzeit seiner Verantwortung als Bürger eines freien Landes bewusst sein.

Die Welle von Protesten und Demonstrationen, die wir in den letzten Wochen in der Schweiz erlebt haben, ist als Teil der weltweiten Verurteilung des Sowjetimperialismus von politischer Bedeutung. Es ist zu hoffen, dass die vielen geäusserten Stellungnahmen nach dem Verebben der spontanen Emotionsäusserungen eine würdige

Ostkontakte?

(Fortsetzung von Seite 3)

ragende Ausgangsstellung (Vererbungslehre, historischer Determinismus, Relativitätstheorie, Kybernetik usw.).

c) Der Tourismus

Es ist fraglos, dass die kommunistischen Länder den Tourismus vornehmlich zur Devisenbeschaffung angekurbelt haben. Dies ist ihr Vorteil.

Der unsrige:

— Der Tourismus bindet Investitionen, die nicht zum Ausbau der staatlichen Macht eingesetzt werden können.

— Der Fremdenverkehr fördert ganz allgemein die Konsumgüterindustrie.

— Auf der menschlichen Ebene finden Begegnungen statt, die den notorischen Westhunger im Osten befriedigen helfen, solange die dortige Bevölkerung nicht bei uns Anschauungsunterricht nehmen darf. Die gegenseitigen Vergleichsmöglichkeiten werden objektiver, vorausgesetzt, dass die Leute des Westens nicht z.B. durch Protzen Unwillen erregen oder den sanften Badestrand mit dem politischen System verwechseln. Schulung und Information sollten deshalb den Blick der nach Osten Reisenden schärfen helfen.

d) Sport

Fraglos fördern die Ostländer den Sport vor allem auch deshalb stark, um indirekt die politischen Ueberlegenheiten des Systems nach innen und nach aussen zu beweisen. **Selbst der einfache Mann ist im Westen meist darüber orientiert, dass er es gerade deshalb mit Staatssportlern zu tun hat. Dies schwächt den politischen Einfluss östlicher Erfolge erheblich ab.** Mögen die sportlichen Erfolge beim östlichen Publikum indirekt das Ansehen des Regimes stärken, so könnte eine Einschränkung der Kontakte westlicherseits gerade diese Wirkung nicht schmälern. Es würde dann höchstens heissen, der Westen sei zu schwach, um sich überhaupt zum Wettkampf zu stellen.

Andererseits sollen die positiven Seiten der sportlichen Kontakte — menschliche Begegnungen der Direktbeteiligten und gefahrloses Aggressionsventil für das Publikum — nicht übersehen werden. Die Gefahr, dass naive Leute im Westen ihre Sympathien zu östlichen Sportlern auf das Regime übertragen, kann gewiss die Leitlinie der Kontakte nicht bestimmen.

Aus diesen Gründen können die sportlichen Begegnungen grundsätzlich bejaht werden. Ebenso grundsätzlich ist aber zu wünschen, dass die westlichen Sportorganisationen nicht vorwiegend reiselustige Leute in den Osten schicken, sondern Sportler, die einem Leistungsvergleich und ebenso der Verpolitisierung des Sportes standzuhalten vermögen. ■